

Die Vergangenheit, die nicht vergessen werden darf

Wegen „verbotenen Umgangs mit einem Kriegsgefangenen“ sitzt eine Frau als eine von vielen in der NS-Zeit in Aichach im Gefängnis. Ihre Enkelin hat die Geschichte rekonstruiert und ein Buch darüber geschrieben

Von Dr. Berndt Herrmann

Aichach – Auch der Terrorstaat liebte akribische Aktenführung. Deshalb weiß man, dass Margarete Friedrich am 15. Oktober 1942 genau um 10.21 Uhr die Fahrt von Bayreuth nach Aichach antrat. Dort musste sie in der Justizvollzugsanstalt eine andert-halb-jährige Strafe absitzen. Der Vorwurf: „Verbotener Umgang mit einem Kriegsgefangenen“. Eines der unzähligen Schicksale aus der NS-Zeit, von denen immer noch zu viele unerzählt sind und die nicht vergessen werden dürfen.

Renate Reckziegel, die Enkelin von Margarete Friedrich, hat die Geschichte ihrer Großmutter rekonstruiert, ein Buch darüber geschrieben und dabei entdeckt, dass die eigentliche Geschichte wohl eine andere war als jene in den Akten – und welchen Einfluss das alles auf ihr Leben hatte und hat.

Lange habe sie von dem Schicksal ihrer Oma nichts gewusst, schreibt die Autorin, die als Journalistin im badischen Offenburger lebt. Dann dauerte es ebenfalls noch einmal lange, bis sich daran machte, diese Geschichte und ihre Hintergründe zu erforschen und aufzuschreiben.

Sie beginnt im Sommer 1939, als der Mann von Margarete Friedrich an einer Krankheit stirbt und sie mit ihren elf und fünf Jahre alten Töchtern zur Familie ihres Mannes ins Fichtelgebirge zieht. Dort arbeitet sie auf dem Hof von Karl Herrmann, der gleichzeitig Vormund ihrer Töchter Betti und Regina – der Mutter von Renate Reckziegel – ist.

Herrmann, der Arbeitgeber und Vormund, war es dann, der Margarete Friedrich anzeigte. In den folgenden erniedrigenden Befragungen und dem Prozess lautete der Vorwurf: Sie sei von einem serbischen Kriegsgefangenen, der auf dem Hof arbeitete, mehrfach vergewaltigt worden und habe sich dagegen nicht genügend gewehrt.

In den Gerichtsakten, die Renate Reckziegel gesichtet hat,



Eine Aufnahme dem Jahr 1935 zeigt links Margarete Friedrich mit ihrer Tochter Regina, der Mutter von Renate Reckziegel, auf dem Arm.

steht unter anderem der Satz: „Es ist mit der Würde der deutschen Frau nicht vereinbar, wenn sie sich gegen Zudringlichkeiten eines Kriegsgefangenen nicht zur Wehr setzt und es zur geschlechtlichen Hingabe kommen lässt. Der Umgang der Angeklagten mit P. muß daher als gröblicher Verstoß gegen das gesunde Volksempfinden bezeichnet werden.“ Das Urteil: anderthalb Jahre Zuchthaus. Der Oberstaatsanwalt hatte sogar zwei Jahre gefordert.

EIN ORT DER ERINNERUNG

Zeitweilig waren in Aichach in der für 500 Gefangene gebauten größten Frauenstrafanstalt des damaligen Deutschen Reiches bis zu 2000 Frauen untergebracht. In der NS-Zeit waren Frauen nicht nur wegen herkömmlicher Straftaten inhaftiert. Viele Fälle von „Schutzhaft“ anlässlich der Machtergreifung 1933, zahlreiche Zwangssterilisationen von armen und als „asozial“ diffamierten Gefangenen sind belegt. Viele Frauen waren auch wegen „unerlaubten Umgangs“ mit Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, wegen „Wehrkraftzersetzung“ oder wegen „Rundfunkverbrechen“ inhaftiert.

Seit einigen Jahren wird die Geschichte der „vergessenen Frauen von Aichach“ nun er-



Als sie ihre Haftstrafe antritt, sind ihre Töchter acht und 14 Jahre alt und bleiben im Fichtelgebirge zurück.

Der Serbe wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Sowohl er wie auch Margarete Friedrich waren aber, das legen zumindest die Untersuchungen von Renate Reckziegel und Aussagen ihrer Mutter nahe, beide Opfer einer Vertuschungsaktion. Denn eigentlich, so die These, missbrauchte der Arbeitgeber und

forcht. Initiiert hat die Beschäftigung mit den Opfern das Frauenforum Aichach-Friedberg.

Der Historiker Dr. Franz-Josef Merkl arbeitet die Schicksale und die historischen Hintergründe wissenschaftlich auf. Seine Arbeit und die gesamte Initiative werden schon längere Zeit von Stadt und Landkreis unterstützt, die Sparkasse Aichach-Schrobenhausen hilft ebenfalls finanziell. Auch das Stadtmuseum Aichach ist involviert.

Die Stadt Aichach hat einen Wettbewerb zur Gestaltung eines Erinnerungsortes für die „vergessenen Frauen“ ausgeschrieben. In diesem Jahr soll der Erinnerungsort beim Aichacher Stadtmuseum eingerichtet werden. *beh*

Vormund Karl Herrmann Margarete Friedrich und war auch der Vater des Kindes, mit dem sie im achten Monat schwanger war, als sie ins Gefängnis musste.

Sie brachte das Kind in der JVA Aichach zur Welt; es starb aber nach kurzer Zeit. Das Gefängnis war zu jener Zeit überfüllt, unter anderem weil die Nationalsozialisten immer mehr Frauen wegen Bagatelldelikten oder politischer Vergehen einsperrten. Die Nazis deportierten Hunderte von ihnen oder brachten sie in Vernichtungslagern um. Viele Frauen überlebten die Konzentrationslager nicht. Ihre Schicksale, das Schicksal der „vergessenen Frauen von Aichach“, wird seit einigen Jahren auf Initiative des Frauenforums Friedberg erforscht (siehe Kasten).

In der Haft verhielt sich Margarete Friedrich laut ihrer 55-seitigen Akte weitgehend unauffällig, das Gefängnis wurde indes immer voller. 1941/1942 saßen 140 Frauen alleine wegen des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen ein. Am 28. März 1944 hatte Margarete Friedrich ihre Strafe abgesessen.

Aber damit ist die Geschichte nicht zu Ende. Nicht die von Margarete Friedrich und nicht die, die ihre Enkelin in ihrem Buch erzählt.

Renate Reckziegel hat bei ihren Recherchen auch die weiteren Lebenswege anderer beteiligter verfolgt. Etwa den des serbischen Kriegsgefangenen, der

das Zuchthaus überlebte und den die Amerikaner im April freiließen; oder jenen des wohl eigentlichen Täters Karl Herrmann, zumindest des Verantwortlichen für die Anzeige, der zwar 1935 in die NSDAP eingetreten war, laut Akten des Spruchkammer-Verfahrens am Nationalsozialismus aber „nicht mehr als nominell“ teilgenommen und ihn nur „unwesentlich“ unterstützt habe; schließlich jene Lebenswege der am Prozess beteiligten Richter und Staatsanwälte.

Zwei von ihnen gehörten zu den wenigen Juristen, die in der Bundesrepublik nicht mehr in den Staatsdienst aufgenommen wurden. Das Fazit von Renate Reckziegel: „Für mich bleibt die traurige Erkenntnis: Meine Großmutter ist bei ihrem Prozess ganz fanatischen Vertretern der NS-Justiz in die Hände gefallen.“

Vor allem hat sie aber den Weg ihrer Großmutter und ihrer Mutter weiterverfolgt. Margarete Friedrich heiratete 1945, wenige Monate nach Kriegsende, einen ehemaligen Zwangsarbeiter und ging mit ihm, kaum dass die Töchter auf eigenen Beinen standen, nach Serbien. In dem Ort im Fichtelgebirge war für die unschuldig Verurteilte keine Zukunft mehr: „Im Dorf war ihr Ruf nach alledem so oder so ruiniert.“

Längst weiß man, dass Traumata über die Generationen hinweg weitergegeben werden und weiter wirken. Auch Renate

Reckziegel schreibt davon: „Meine Mutter hat ihr Leben lang an Depressionen, Alpträumen und Verlustängsten gelitten. Und wir als Familie mit ihr.“

Für die Autorin zeigt die Geschichte ihrer Großmutter exemplarisch, dass die NS-Kriegsge-setze, auch wenn sie nicht zu Deportation und Tod führten, das Leben der verurteilten Frauen in völlig andere Bahnen lenkten und manchmal auch zerstörten. Den Makel, eine Zuchthäuserin zu sein, seien sie nie mehr losgeworden – selbst wenn sie später formal rehabilitiert worden seien.

Auch von einer „Schwere“, die über ihrem eigenem Leben, also dem der Enkelin liege, schreibt Renate Reckziegel in dem Buch. Eine weitere Geschichte also, die nicht vergangen ist und die jeden Gedanken an Schlussstriche oder einer „Befreiung“ von der Last der Geschichte absurd erscheinen lässt.

Das Schicksal von Margarete Friedrich und das Buch, das ihre Enkelin darüber geschrieben hat, bewahrheiten vielmehr einmal mehr einen Satz des Historikers und Holocaust-Forschers Raul Hilberg: „Diese Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sich selbst nicht zu kennen.“

Das hat Hilberg über die Vernichtung der europäischen Juden geschrieben, der Satz gilt aber allgemein. Für Länder und Völker, aber auch für jeden Einzelnen.



■ Renate Reckziegel: Abgeholt. Meine Großmutter, die NS-Justiz und ich. Bookmundo Direct, 84 Seiten, 19 Euro.

Es geht nicht mehr alles

Finanzausschuss des Stadtrats bespricht Haushalt – Weil in den kommenden Jahren hohe Schulden drohen, wird man über die Verschiebung oder Streichung von Projekten sprechen

Von Dr. Berndt Herrmann

Aichach – Selten ist ein städtischer Haushalt zu diesem Zeitpunkt so intensiv und auch kontrovers besprochen worden wie jener für dieses Jahr. Nachdem der Stadtrat und sein Finanzausschuss sich bisher mit den Eckdaten des Etats beschäftigt haben, liegt jetzt das Gesamtpaket auf dem Tisch. Die wesentliche Änderung bei den Zahlen: Die Einnahmen bei der Gewerbesteuer werden nun mit 11,8 Millionen um 800.000 Euro höher angesetzt, nachdem der Stadtrat den Hebesatz von 320 auf 350 Prozentpunkte erhöht hat.

Ansonsten ist der Haushalt geprägt von Rekorden, die bei weitem nicht alle positiv sind. Höher als die 78,2 Millionen war das Gesamtvolumen nie, die Bauprojekte, die im Plan stehen, sind mit 15,8 Millionen Euro auf einem nie dagewesenen Niveau, die Personalkosten steigen um zwei auf 16,3 Millionen Euro, und bei den Sach- und Betriebskosten (17,4 Millionen Euro) schla-

gen die Inflation und die hohen Energiepreise massiv zu Buche. Auch die Kreisumlage, die die Kommunen an den Landkreis zahlen, erreicht mit 13,6 Millionen Euro einen neuen Höchstwert.

Die wichtigsten Einnahmequellen, die Gewerbe- und Einkommensteuer, sind zwar ebenfalls auf einem weiter hohen Stand, auch die Schlüsselzuweisungen vom Staat fließen mit 5,3 Millionen Euro (700.000 mehr als 2022) üppig; das reicht aber nicht.

Wolfgang Ostermair, der Leiter der städtischen Finanzverwaltung, hat schon vor Wochen klar gemacht, dass die Rücklagen aufgebraucht werden und die Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt, eine wichtige Kennzahl, nur 1,95 Millionen Euro beträgt.

Deshalb ist eine Neuverschuldung notwendig; es ist eine Kreditaufnahme von 6,8 Millionen Euro vorgesehen – zumindest auf dem Papier. Denn die neuen Kredite werden zum einen für Zwi-

schaffenfinanzierungen bei Grundstücken und wegen ausstehender Zuschüsse gebraucht. Zum anderen werden sie in voller Höhe nur notwendig, wenn alle Baumaßnahmen wie geplant durchgeführt werden können, was praktisch nie der Fall ist, erst recht nicht bei einem Riesenprogramm wie in diesem Jahr.

Ob die Schulden am Ende des Jahres tatsächlich auf über 14 Millionen Euro steigen, ist deshalb mehr als fraglich.

Übersparen wird gestritten – wieder einmal

Dennoch ist der Blick, den Ostermair in der mittelfristigen Finanzplanung auf die Jahre 2024 bis 2026 wirft, sehr ernst. Dort wird für 2026 ein Schuldenstand von 28,5 Millionen Euro angenommen, derzeit liegen die Schulden der Stadt bei 8,1 Millionen Euro. Auch wenn die Planung, wie jeder Blick in die Zu-

kunft, viele Unsicherheiten und Unwägbarkeiten enthält, sind das düstere Aussichten.

Die Diskussion im Finanzausschuss lief am Montagabend in bekannten Bahnen. Lothar Bahn (FWG) kritisierte zum wiederholten Mal die Ansätze im Haushalt als zu hoch und „unrealistisch“ und beklagte, dass die Sparvorschläge seiner Fraktion seit Jahren keine Mehrheit fänden.

Hermann Langer (CSU) verwies dagegen auf die vielen Anforderungen, die eine Stadt mit 16 Ortsteilen zu bewältigen habe. Große und kostenintensive Maßnahmen, etwa im Kanal- und Wasserbereich, stünden einfach an und könnten nicht geschoben werden. Zudem würden den Kommunen vom Staat immer mehr Aufgaben übertragen, die Geld kosteten. „Keiner macht doch hier absichtlich Schulden“, erwiderte Langer auf Bahn.

Dritte Bürgermeisterin Brigitte Neumaier (SPD) warnte wiederum vor Schwarzmalerei und sprach der Verwaltung ihr Vertrauen aus.

DER AICHACHER HAUSHALT 2023

Verwaltungshaushalt	55,9 Millionen Euro
Vermögenshaushalt	22,3 Millionen Euro
Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt	1,9 Millionen Euro

Wichtige Einnahmen

Gewerbesteuer	11,8 Millionen Euro
Einkommenssteuer	14,3 Millionen Euro
Schlüsselzuweisungen	5,1 Millionen Euro
Entnahme aus Rücklagen	7,1 Millionen Euro
Kreditaufnahme	6,8 Millionen Euro

Wichtige Ausgaben

Personalkosten	16,3 Millionen Euro
Betriebs- und Sachaufwand	17,4 Millionen Euro
Kreisumlage	13,6 Millionen Euro
Baumaßnahmen	15,8 Millionen Euro

Die Stadträtinnen und Stadträte wissen aber, das machten mehrere Beiträge deutlich, dass sie in diesem Jahr noch Hausaufgaben zu machen haben. Die gab ihnen Wolfgang Ostermair sogar schriftlich mit. In dem Beschlussvorschlag heißt es wörtlich: „Aufgrund der hohen Bauausgaben im Finanzplanungszeitraum und der dadurch entstehenden finanziellen Belastung sollte im Laufe des Jahres fraktionsübergreifend durch den Stadtrat eine Prioritätensetzung bezüglich der anstehenden Pro-

jekte des Bauprogramms erfolgen.“

Deshalb werden sich wohl Mitte des Jahres Bürgermeister, Fraktionsspitzen und Verwaltung zusammensetzen und besprechen, welche Projekt man angehen möchte oder muss und welche geschoben oder gestrichen werden müssen.

Gegen den Haushalt stimmten Lothar Bahn und Manfred Huber (beide FWG) sowie Erol Duman (BZA). Über den Haushalt entscheidet endgültig der Stadtrat in seiner Sitzung Ende März.